



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. März 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 16 der Tagesordnung: Konzept für ein Modellprojekt "Präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren"

Vorlage: 2021/0162

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Sozialausschuss dem Konzept inhaltlich zu und nimmt die finanziellen Mehraufwendungen zur Kenntnis. Die zusätzlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die abschließende Etablierung ist im Haushalt 2022/2023 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 36 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss.

Stadtrat Høyem (FDP): Alt zu werden, ist wahrlich nichts für Feiglinge, aber alt bedeutet nicht, pauschal und generell krank und hilflos zu sein. Diese Beschlussvorlage ist bestimmt gut gemeint, aber es ist auch eine Beleidigung einer ganzen Bevölkerungsgruppe gegenüber. Noch nie waren alte Menschen so leistungsfähig wie heute. Die Beschlussvorlage ist Ausdruck für eine unglaubliche und unwürdige Primitivierung und Auffassung von Alter, eine Altersprimitivierung. Jung oder alt zu sein, ist eine individuelle biologische Realität. Jung zu sein oder alt zu sein, ist aber keine Qualifikation. Es ist traurig, dass man gerade hier in der Bundesrepublik, wo Konrad Adenauer als 87-jähriger Bundeskanzler war, noch nicht vom Altersklischee in unserer Realität 2021 angekommen ist. Hier diskutieren wir mit Sturheit das Rentenalter. In meinem Heimatland Dänemark haben wir kein gezwungenes Rentenalter. Man kann als 65-Jähriger wählen, in Rente zu gehen. Aber falls man auf dem Arbeitsmarkt bleibt, steigt die Rente um 10 Prozent pro Jahr. Bleibt man bis 75, wird die Rente verdoppelt.

Wir haben auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik nicht zu viele ältere Menschen, sondern repräsentativ zu wenige. Die Stadt und die öffentliche Verwaltung sollen selbstverständlich helfen, wo ein Bedarf ist. Aber wir haben auch in Deutschland oft genug erlebt, was es bedeutet, wenn sich der Staat mit präventivem Hausbesuch in das Privatleben der Bürger als Vormund einmischt. Diesen Brief sollten wir also an unsere Ehrenbürger*innen, Frau Gerlinde Hämmerle, Herrn Dr. Seiler und Herrn Fenrich, schicken und selbstverständlich dem Ministerpräsident Kretschmann, Herrn Wolfgang Schäuble und Präsident Joe Biden, auch in dieser Zielgruppe. Der Brief ist von unserem netten und freundlichen Bürgermeister Lenz unterschrieben. Aber stellen Sie sich vor, dass der Brief von den Zeugen Jehovas oder Scientology an Sie geschrieben wäre. Dann erkennen Sie, wie aufdringlich und anmaßend es ist. Wir würden gerne mit Ihnen über Ihre Lebenssituation und das Älterwerden ins Gespräch kommen und Sie, wenn Sie es wünschen, dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben führen zu können. Gut gemeint, aber totaler Vormund einer Bevölkerungsgruppe gegenüber. Man untergräbt das Miteinander der Generationen.

Wir Älteren haben einen fantastischen Vorteil den Jüngeren gegenüber. Wir wissen, wie es ist, jung zu sein, weil wir das selber erlebt haben. Die Jungen wissen nicht, wie es ist, alt zu sein, aber sie erfahren es hoffentlich, keine Angst, es ist keine Krankheit.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ursprünglich wollten wir dazu nicht reden, aber jetzt natürlich dann doch. Herr Høyem, auch in Deutschland kann man freiwillig länger arbeiten. Das mache ich gerade und bekomme tatsächlich 6 Prozent mehr Rente im Jahr, nur zur Information. Das Ziel des Pilotprojekts präventiver Hausbesuche ist, dass Senior*innen länger selbstständig und zu Hause wohnen bleiben können oder in eine barrierefreie Wohnung umziehen. Das natürlich freiwillige Beratungsangebot vermittelt bei Bedarf spezifische Berater*innen, wie zum Beispiel technische Beratung für einen Treppenlift. Man kann die Augen ideologisch vor den Realitäten zumachen oder sich den Fakten stellen.

Hier einmal fünf Fakten.

Fakt 1: 75 Prozent aller Frauen gehen im Laufe ihres Lebens in ein Pflegeheim - das ist einfach ein Fakt - und rund 60 Prozent aller Männer.

Fakt 2: Wir haben diese Plätze für die geburtenstarken Jahrgänge nicht. Wir können die sogenannten 24-Stunden-Pflegekräfte aus Osteuropa, 3.000 ungefähr in Karlsruhe, natürlich noch mal erhöhen und dann schön weiter weggucken, wie Sie das offensichtlich machen. Also das macht mich auch wirklich wütend, muss ich sagen. Zum großen Teil sind es mittlerweile Ukrainerinnen, die illegal hier sind. Wie es diesen Frauen in der Pandemie jetzt geht, die dann auch nicht geimpft werden können, die teilweise - ich hatte gerade ein Gespräch mit der Frau Zetschmann, die sich da auskennt - zu Hause quasi eingesperrt werden, weil die Leute nicht wollen, dass sie rausgehen wegen der Pandemie und so weiter. Da kann man dann gucken und diese Anzahl erhöhen, das ist der Fakt 2.

Fakt 3: Wissenschaftliche Untersuchungen besagen, dass drei Viertel aller Älteren keine gute Gesundheitskompetenz haben. Das ist auch ein Fakt, und dies hat natürlich viel mit mangelndem Vertrauen zu Trägern und Angeboten zu tun. Wem kann ich vertrauen? Auf jeden Fall der Stadt. Es ist gut, wenn die eine Erstberatung macht.

Fakt 4: In Evaluationen über präventive Hausbesuche, die es schon lange in Köln, Stuttgart und Ulm gibt, wird deutlich, Zitat aus der Evaluation Ulm, „aktive Information und Beratung wird von den Senior*innen als positiv erlebt, dass die Kommune sich um ihre Belange kümmert“. Themen sind dann so einfache Dinge wie, eine Einkaufshilfe organisieren, Essen auf Rädern und so weiter.

Wir GRÜNE waren uns auch nicht sicher, als wir das erste Mal von diesen Hausbesuchen hörten, ob das Angebot angenommen wird. Aber wir haben uns die Fakten angeguckt.

Der fünfte Fakt ist noch, dass die Stadt durchaus einiges an Geld sparen kann, weil die Menschen später ins Pflegeheim kommen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Recht kurz dazu, viele unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben sehr wohl die Fähigkeit, sich selbst zu informieren. Es ist heute auch im digitalen Zeitalter bei vielen schon sehr ausgeprägt. Auch in dieser Pandemiesituation haben wir erlebt, wie viele der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sich plötzlich doch mit dem PC und mit anderen Sachen Informationen verschafft haben.

Entscheidend ist für uns, dass es jetzt keine aufsuchenden Hausbesuche gibt, so dass man hier vor der Tür steht. Wenn man ein Pilotprojekt macht, muss dieses auf absolute Freiwilligkeit der Beratung bestehen. Man kann hinweisen, aber da dies auch ein Kostenfaktor ist, sollte man diesen Antrag in die Haushaltsberatung verweisen.

Stadträtin Melchien (SPD): Als SPD-Fraktion werden wir diesem Konzept heute sehr gerne zustimmen. Wir haben es im Vorfeld begleitet und werden sicherlich, wie mein Kollege gerade ausgeführt hat, abschließend im Haushalt beraten müssen. Herr Høyem, ich bin wirklich irritiert von Ihrem Wortbeitrag. Es geht nicht nur mir so, sondern sehr vielen, wie ich gerade gemerkt habe. Sie sprechen von einer Beleidigung der Älteren. Wenn man das jetzt vergleicht, im Bereich der frühen Hilfen würden Sie doch niemals sagen, dass wir hier Familien diskreditieren, weil wir Angebote schaffen. Das macht doch unsere soziale Stadt aus. Zumindest bisher bestand da auch ein Konsens. Ich sehe dieses Konzept viel mehr als ein Teil eines wirklich großen Netzes, zu dem vor allem die Quartiersentwicklung zählt, zu dem auch beispielsweise das Projekt innovative Pflege zählt, bei dem wir vielversprechende erste Erfahrungen gesammelt haben und vieles mehr.

Inhaltlich ist meine Kollegin Anlauf jetzt sehr ausführlich darauf eingegangen, weshalb es wirklich ein gutes und berechtigtes Konzept ist, das wir hier beraten, das wir hier entwickelt haben. Dem möchte ich mich so anschließen. Gerade ihre Ausführung zum Thema Gesundheitskompetenz und der Ausprägung bei uns hierzulande, was sich in verschiedenen Studien zeigt, offenbart wirklich einen Unterstützungsbedarf, was die Angebote angeht, und um nichts weiter dreht es sich hier. Auch die positiven Erfahrungen in anderen Städten bestärken mich darin, die mit ähnlichen Konzepten sehr gute Erfahrungen gesammelt haben, dass eben durch Kontakte kompetenter Träger mit der Stadt als Vertrauensstifterin - Sie reden hier von sehr negativen Beispielen - dem Bürgermeister, der darstellt, welche Hilfen es gibt, und dass diese dann statistisch gesehen viel stärker in Anspruch genommen werden, auf diesem Wege zumindest das Angebot ausgesprochen wird. Es bringt positive Effekte für alle, die diese Hilfe nehmen wollen.

Deswegen stimmen wir heute zu. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten. Ich glaube nicht, dass Sie heute für alle Älteren gesprochen haben, werter Kollege. Ich finde es sehr schade, welchen engen Blick Ihr Wortbeitrag auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zeigt.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Das sehe ich jetzt gar nicht so wie Sie, Frau Melchien, dass das eng gesehen wird. Der Herr Kollege Høyem hat das in seiner Art, die man kennt, die sicher oft nicht sehr einfach ist, muss ich gestehen, auch für mich nicht, im Grunde genommen im Kern schon richtig ausgeführt. Es geht einfach auch darum - ich möchte jetzt nicht Alt und Jung gegeneinander ausspielen -, dass es natürlich nicht so einfach ist, wenn man weißhaarig ist wie ich und der Herr Høyem und beide schon ordentlich über 70 Jahre alt. Aber was ich nicht möchte, ist, dass ich einen Brief nach Hause bekomme, wo mir irgendwelche Angebote gemacht werden. Ich denke, darum ging es auch dem Herrn Høyem. Wenn ich den Herrn Kollegen Dr. Müller richtig verstanden habe, hat er auch gesagt, dass man praktisch vor der Haustür steht. Ich weiß nicht, ob das so geplant ist, aber das geht in die Richtung. Das wird eben kritisch gesehen. Angebote zu machen, damit habe ich und hat meine Fraktion kein Problem, aber es entsteht der Eindruck - da bitte ich vielleicht auch den Herrn Bürgermeister, noch einmal klärende Worte zu sagen -, dass Leute, die zwar vom Alter her Senioren sind, ich weiß gar nicht, wo Senior anfängt, fängt es bei 50, 60, 70 oder 80 an, in eine Situation gedrängt werden, die mit ihrem normalen Alltag und ihrem Leben überhaupt nichts zu tun hat. Ich denke, da muss man vielleicht noch einmal nachschärfen und das präzisieren. Wenn es so ist, dass praktisch un-gesehen ab einem bestimmtem Alter Briefe verschickt werden oder Hausbesuche gemacht werden, dann kann das meine Fraktion so nicht mittragen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Wir hatten uns im Januar 2021 schon einmal mit der Sache befasst. Wir von der AfD hatten einen Änderungsantrag dazu gestellt, der darauf zielte, nur ein Anschreiben zu machen, auch einen Hausbesuch, wenn es gewünscht ist, wenn also der Senior mit einer Antwort kommt und sagt, ja, ich möchte einen Hausbesuch. Ich kann mich eigentlich sehr meinem Vorredner, Herrn Høyem von der FDP, anschließen. Er hat es ein bisschen soziologisch-psychologisch, auch emotional, aufgebaut.

Ich sehe das Konzept, das uns vorgelegt wurde, von einer ganz anderen Seite. Ich frage mich erstens - da hat mir eine Information gefehlt -, wir haben doch für unsere älteren Bürger bislang schon was getan. Davon gehe ich doch berechtigterweise hoffentlich aus. Wir erfinden doch hier nicht ein Rad neu, dass jetzt für die Älteren was gemacht werden muss, weil wir vorher nichts gemacht hätten. Nein, die Stadt hat für die ältere Generation etwas gemacht. Dazu, wie gesagt, fehlen mir ein paar Angaben, was das an Kosten ausmacht.

Jetzt möchte ich ein bisschen in die Details gehen. Die Stadt hat vor, das auszuschreiben und einem Träger den Zuschlag zu erteilen. Ich sehe das kritisch, wenn ich zum Beispiel katholisch oder evangelisch bin und es kommt jemand, der freireligiös ist. Da haben vielleicht manche Ältere ein Problem damit. Also einen Träger sehen wir als Fraktion als kritisch an. Dann geht es auch um die Zahlen. Sie gehen von 890 Personen aus in den zwei Stadtgebieten, die Sie als Projekt beginnen wollen. Sie gehen davon aus, dass 30 Prozent über 75 Jahre einen Besuch haben wollen. 30 Prozent sind 267 Personen. Wenn Sie, wie Sie im Konzept sagen, von höchstens zwei Folgebesuche, insgesamt also drei Besuchen, ausgehen, dann sind es 267 Personen, multipliziert mit drei wären 801 Besuche im Worst Case. Gibt es nur zwei Besuche, sind es 534 Personen. Sie gehen aber von einer halben Vollzeitstelle aus, die im Jahr nur 250 bis 300 Besuche durchführen kann. Also bitte schön, liebe Stadtverwaltung, ich glaube, da stimmt irgendwas

nicht. Übrigens fehlen mir dann auch noch Angaben zu den Kosten, was das Seniorenbüro und den Pflegestützpunkt angeht. Weiterhin erhoffen Sie sich Zuschüsse von GKV, also vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung. Ich glaube, das ist ein Wunsch. Ob das so kommt, da hätte ich meine Zweifel.

Dann lassen Sie mich vielleicht zum Abschluss noch was sagen. Wenn ich auf der Seite 2 des Konzeptes lese - nur ein Beispiel jetzt -, es kommt jemand vor meine Tür, Wohnraumberatung, Wohnraumanpassung, klingt das mir sehr nach Sozialismus. Das lehnen wir ab.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Das war jetzt gerade das richtige Stichwort. Um Himmels Willen, was glauben denn die Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, um was es hier geht? Es geht um eine freiwillige Leistung, die kann ich in Anspruch nehmen, muss aber nicht. Das Angebot kommt von der Stadtverwaltung, von einer Stelle, die definitiv frei ist von irgendwelchen Verdächtigungen, wie eben Zeugen Jehovas oder anderen, was weiß ich, Trickbetrügern usw. Die Stadt schickt einen Glückwunschbrief zum 75. Geburtstag und bietet bei der Gelegenheit eine Beratung an oder all das, was vielleicht in dem Alter langsam relevant werden könnte. Dieses Angebot kann ich annehmen, muss aber nicht. Das ist schon mal das Erste.

Das andere, wo ich wirklich darum bitte, schauen Sie es sich einmal von anderer Seite an. Volkswirtschaftlich gerechnet wird auf die Jahre gesehen wahrscheinlich vieles günstiger für die Gesellschaft, wenn wir Menschen in einem gewissen Alter ermöglichen, in ihrer Wohnung zu bleiben, weil sie es geschafft haben, ihr Umfeld mithilfe dieses Angebots so zu organisieren, dass ein Verbleib in der Wohnung möglich ist. Ich sage es jetzt einfach einmal, nicht alle Menschen über 75 sind wie Lüppo Cramer oder wie Herr Høyem in der Lage, mit dem Tablet umzugehen usw. Da gibt es ganz viele, die haben keinen Zugang zum Internet und all dem, was ich mir da an Infos holen kann. Für diese Menschen ist dieser Besuch wichtig, weil sie über diesen Besuch erfahren können, in meiner Umgebung gibt es eine Nachbarschaftshilfe, die bietet mir an, mich beim Einkaufen zu begleiten. Schwindelgefühle und andere Sachen verhindern oftmals, dass Menschen sich in einem gewissen Alter noch selbstständig im Straßenraum bewegen. All solche Dinge können organisiert werden mithilfe dieser Beratung. Um nichts anderes geht es. Wenn ich den Menschen auch in fortgeschrittenem Alter dann ermögliche, ihr eigenes Leben noch selber zu gestalten, dann habe ich doch ganz viel gewonnen. Für diese Menschen ist tatsächlich dieses Leben im Alter ein bisschen attraktiver, als wenn sie nur eingesperrt in ihren vier Wänden sitzen müssen. Darum geht es. Ich glaube wirklich, die Gesellschaft profitiert davon und die Stadtkasse auch, weil es Heimunterbringungen entlastet. Es entlastet all das, was dann mit betreutem Wohnen zu tun hätte.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir müssen in der Frage schon ein bisschen locker bleiben. Was hier für Geschütze aufgefahren werden, ist unglaublich. Da geht es um einen schlichten Brief des Herrn Oberbürgermeisters. Der schreibt, Sie haben die Möglichkeit für eine Beratung. Wenn Sie kein Interesse haben, schmeißen Sie es in die Ablage P. Der Vorteil dieser Geschichte ist, dass die Leute, solange sie noch fit sind, eine Beratung in Anspruch nehmen können und damit auch ihre Weichen für das Älter werden stellen können. Das ist der Vorteil. Man kommt nicht erst, wenn es akut und wenn es präsent ist.

Der zweite Vorteil war für mich das überzeugende Kriterium. Menschen sind oft sehr allein, gerade ältere Menschen in dem Alter. Deswegen wird die Verknüpfung mit dem Quartier an der Stelle ganz spannend. Der Berater, der vielleicht eingeladen wird zu einer Beratung, kann

darauf hinweisen, was für Möglichkeiten es für ältere Menschen im Quartier, auch generationenübergreifend, gibt. Das ist ein großer Vorteil, wenn man Menschen ins Quartier hinein verbinden kann. Das ist eine mächtige Chance. Deswegen sage ich ja, lasst es uns probieren. Wenn es nichts wird, dann können wir es wieder einstampfen. Aber zunächst ist es eine ganz tolle Sache. Das ist keine Beleidigung. Wie gesagt, wir sind freie Menschen, wir können alles wegschmeißen, was wir erhalten, wir müssen es nicht nehmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte einfach noch mal an das Haus appellieren, das Thema Vorbereitung im Fachausschuss ernst zu nehmen. Viele der Beiträge und auch vor allem die Fragestellungen erwecken den Eindruck, dass Sie heute diese Vorlage zum ersten Mal sehen und zum ersten Mal mit dieser Idee überhaupt konfrontiert werden. Ich möchte einfach dran erinnern, das war ein Antrag hier aus dem Gemeinderat. Der ist damals schon kontrovers diskutiert worden, und jetzt schlägt die Verwaltung eine Umsetzung vor. Sie können die jetzt fachlich richtig finden oder fachlich falsch. Aber die fachliche Beratung sollte im Sozialausschuss stattfinden, und wir uns jetzt nicht hier in irgendwelchen Details verheddern. Deswegen beantworte ich jetzt auch keine Frage, sondern wir stimmen einfach ab, ob das Ihrer Vorstellung entspricht oder nicht.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, bitte beachten Sie aber, dass der Kollege Dr. Müller beantragt hat, dass das erst einmal in der Haushaltsdebatte beraten wird, bevor wir es heute beschließen. Sie müssten uns sagen, wie Sie damit umgehen.

Der Vorsitzende: Es geht heute darum, ob Sie dem Konzept zustimmen. Es wird im Haushalt noch einmal aufgerufen, weil dann die Finanzierung geklärt wird. Es gibt jetzt durchaus kritische Stimmen zum Konzept. Insofern wüsste ich jetzt schon gerne, ob das Konzept okay ist oder nicht. Denn sonst müssten wir es noch einmal überarbeiten. Darüber stimmen wir jetzt ab. - Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
22. April 2021